

## Niederschrift

### 1. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 25.06.2018
<b>Sitzungsbeginn</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende</b>	20:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

#### Anwesende:

Herr Dr. Christopher Schmidt

Frau Ursula Schwarz

Frau Doris Grote

Vertretung für: Frau Annette  
Glage

Frau Ute Algier

Herr Christian Mann

Frau Constanze Rode

Frau Renate Wartak

Vertretung für: Frau Ulla Lange

Frau Caerstin Hunger

Herr Rolf-Dieter Pahl

Herr Heino Dittmayer

Herr Christian Waldheim

Herr Tim Schnoor

Herr Hans-Georg Becker

Herr Rainer Jochens

Herr Hans Jeenicke Kreissenorenbeirat

Herr Knapp Geschäftsführer Jobcenter Kreis Sege-  
berg

Herr Stahl Jobcenter Kreis Segeberg

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Herr Peter Säker 1. stv. Kreispräsident

Frau Maren Berger

Herr Holger Weihe

Frau Löhmann FBL Soziales, Jugend, Bildung, Ge-  
sundheit

Frau Andrasch FDL Grundsatz- und Koordinierungs-  
angelegenheiten Soziales und Asyl

Frau Rohwer FDL Eingliederungshilfe

Frau Schemmerling FDL Soz. Sicherung

Frau Shamsia Azarmehr Forum f. Migrantinnen u.  
Migranten

Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Frau Annette Glage -

Frau Ulla Lange -

Frau Jutta Altenhöner Behindertenbeauftragte -

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
  - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
  - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2018
  - 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.03.2018
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
  - 3.1 Strukturvertrag Soziale Hilfen in Schleswig-Holstein - Mittelerhöhung 2018  
Vorlage: DrS/2018/096
- 4 Berichte der Verwaltung
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Informationen und Anfragen
  - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

**Protokoll:**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

## **zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen gestellt.

## **zu 2 Formalien**

Die Vorsitzende verpflichtet die neuen bürgerlichen Ausschussmitglieder Ursula Schwarz, Constanze Rode, Heino Dittmayer, Tim Schnoor, Renate Wartak, Hans-Georg Becker und Rainer Jochens per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt diese in ihr Amt ein. Frau Löhmann verweist auf die gesetzlichen Grundlagen zur Mandatsausübung. Diese seien im sechsten Teil der Kreisordnung für Schleswig-Holstein (§§ 22-42) geregelt. *[Anmerkung der Protokollführung: Insbesondere ist auf die Rechte und Pflichten der Ausschussmitglieder gem. § 27 KrO und auf § 41 (Mitglieder und Geschäftsordnung der Ausschüsse) hinzuweisen. Die Kreisordnung ist auf der Internetseite des Kreises Segeberg/Kreistag und Kreispräsident/Rechtliche Regelungen zum Kreistag zu finden bzw. unter folgendem Link aufzurufen: <https://www.segeberg.de/F%C3%BCr-Segeberger/Kreistag-und-Kreispr%C3%A4sident/Rechtliche-Regelungen-zum-Kreistag>. Eine gedruckte Version kann bei Bedarf im Kreistagsbüro angefordert werden.]*

### **zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Frau Algier merkt an, dass das Protokoll der Sitzung vom 01.02.2018 bereits in der Sitzung am 08.03.2018 genehmigt wurde, deshalb entfällt TOP 2.2. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

### **zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.03.2018**

Herr Dr. Schmidt beantragt folgende Protokolländerung zu TOP 5.1 b):  
„Herr Dr. Schmidt bittet um Information, welche Veranstaltungen bzw. Projekte im Kreis Segeberg zum Thema BGE – bedingungsloses Grundeigentum - bereits stattgefunden haben.“

Das Protokoll der Sitzung vom 08.03.2018 wird mit 5 Enthaltungen genehmigt.

Antwort der Verwaltung auf die Frage von Herrn Dr. Schmidt:

Eine Arbeitsgruppe „bedingungsloses Grundeinkommen“ konnte seitens des Kreises Segeberg trotz schriftlicher und mündlicher Aufforderungen zur Teilnahme mangels Rückmeldungen nicht gebildet werden.

Dieses Thema wird daher z.Zt. von uns und auch der Diakonie SH zur Bildung einer Arbeitsgruppe nicht weiter verfolgt. Sollten sich hier weitere Aktivitäten ergeben werden wir darüber informieren.

## **zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung**

### **zu 3.1 Strukturvertrag Soziale Hilfen in Schleswig-Holstein - Mittelerhöhung 2018**

**Vorlage: DrS/2018/096**

Frau Rohwer erläutert die Vorlage und verweist auf die verteilte Tischvorlage (DrS/2018/010), die den Sachverhalt weiter vervollständige. Es gehe hier um die Verwendung von zusätzlichen durch das Land bereitgestellte Mittel in Höhe von 39.556,93 €. Hiervon sollen 30.000 € für die Ausbildung von Peer-Spezialisten/in-nen verwendet werden, die anschließend im Bereich der Anti-Stigma-Arbeit psychisch kranker Menschen sowie als Multiplikatoren eingesetzt werden.

Frau Rohwer beantwortet eine Frage von Frau Hunger damit, dass es ein Interessenbekundungsverfahren für die Ansiedlung der Selbsthilfegruppen geben werde. Frau Grote möchte wissen, ob eine Zusammenarbeit mit dem Jobcenter denkbar sei, damit die Betroffenen anschließend direkt wieder in Arbeit vermittelt werden können. Frau Rohwer erläutert, dass es bei der Anti-Stigma-Arbeit nicht primär um Arbeitsvermittlung gehe, sondern um den Austausch mit anderen Betroffenen. Es werden ehemalige Betroffene ausgebildet, um z. B. Beratungstätigkeiten in den Selbsthilfegruppen zu übernehmen. So erhalten diese wieder eine Perspektive. Eine Evaluation sei bei allen Projekten der Standard. Frau Hunger ergänzt, dass es für die Betroffenen sehr wichtig sei, sich mit ihresgleichen auszutauschen, ohne Anwesenheit der Ärzteschaft oder von Amtspersonen.

Herr Waldheim erkundigt sich, ob die genannten 30.000 € für die Ausbildung oder die spätere Arbeit verwendet werden sollen. Laut Auskunft von Frau Rohwer seien die Mittel für die Gehälter der Supervision vorgesehen. Die spätere Arbeit in den Gruppen erfolge ehrenamtlich. Frau Grote merkt an, dass man mit 30.000 € nicht einmal eine Stelle finanzieren könne. Herr Waldheim fragt nach, wie viele Stellen vorgesehen seien und ob es eine Kostenkalkulation gebe.

Frau Grote stellt fest, dass die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Sie bittet um weitere Informationen über die bestehenden Selbsthilfegruppen, z. B. welche Gruppen es bereits gibt, wo diese angesiedelt sind und wo diese sich treffen. Frau Algiert merkt an, dass der Inhalt der beiden Vorlagen verwirrend und für die neuen Ausschussmitglieder schwer verständlich sei.

Frau Rohwer nimmt den Wunsch nach weiterem Informationsbedarf auf und bietet an, dass die KIS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen) über die Arbeit von Selbsthilfegruppen informieren könne. Dieser Vorschlag wird begrüßt. Frau Rohwer teilt mit, dass es für die weitere Arbeit wichtig sei, dass der Ausschuss durch einen Beschluss die Richtung das weitere Vorgehen vorgebe. Eine Verschiebung bis zur nächsten Sitzung sei aber unproblematisch. Auch Frau Löhmann hält eine umfassende Aufklärung der Ausschussmitglieder für wichtig.

Die CDU-Fraktion beantragt die Verschiebung der Vorlage in die nächste Sitzung. Dem Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

### **zu 4 Berichte der Verwaltung**

Frau Löhmann verweist auf die Sitzung „Einführung in die Themen des Sozialausschusses“ vom 14.06.2018. Das Fotoprotokoll wurde bereits per Mail versandt und wird dem Protokoll zusätzlich als Anlage beigefügt. Herr Dr. Schmidt bedankt sich ausdrücklich für die sehr gut vorbereitete Veranstaltung. So seien alle Ausschussmitglieder gut auf die kommenden Themen vorbereitet worden.

Frau Hunger bittet darum, dass die Protokolle der Kuratoriumssitzungen an die Ausschussmitglieder versandt werden. Hierzu erläutert Frau Löhmann, dass alle neuen Kuratorienmitglieder diese zur Information erhalten hätten. Frau Lessing regt an, diese an die Fraktionsvorsitzenden zu versenden, dann könnten diese fraktionsintern verteilt werden.

## **zu 5      Verschiedenes**

### **zu 5.1    Informationen und Anfragen**

Frau Löhmann verweist auf Anfragen von Herrn Wulf, die im OVG gestellt wurden. Thematisch gehörten Teile dieser Anfragen in den Sozialausschuss, so dass eine Beantwortung hier erfolge.

Zum Sofortprogramm Kranken- und Altenpflege erläutert Frau Schemmerling, dass es inhaltlich um bessere Personalbedingungen und eine bessere Versorgung gehe. Der Landkreistag Schleswig-Holstein habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Mehrkosten von den Krankenkassen und nicht den Sozialhilfeträgern getragen werden sollten. Durch das Sofortprogramm sollen 13.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden, allerdings sei fraglich, ob diese zu besetzen seien, da ohnehin Fachpersonal fehle. Herr Pahl möchte wissen, ob neues Personal durch Flüchtlinge akquiriert werden könne. Herr Knapp verweist darauf, dass ausreichende Sprachkenntnisse und der entsprechende Aufenthaltsstatus notwendig seien. Wenn dieses gegeben sei, würden selbstverständlich auch Flüchtlinge in den Pflegebereich vermittelt.

Die Unterlagen zum Sofortprogramm sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Weihe bittet darum, die Pflegeproblematik als Tagesordnungspunkt in einer der folgenden Sitzungen aufzunehmen.

Eine weitere Frage von Herr Wulf bezieht sich auf die flüchtlingsbedingten Kosten im Kreis Segeberg für Unterkunft und Heizung. Die Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

### **zu 5.2    Anregungen für die nächste Sitzung**

Frau Löhmann kündigt eine Vorlage zur Ausschreibung des Beratungswesens Wohnungslosenberatung/Wohnungsraumsicherung an. Weiterhin wird Landespastor Naß über den Abschluss des Zukunftsszenarios Altenhilfe berichten.

Frau Wartak bittet um einen Bericht über das persönliche Budget sowie über den Arbeitskreis Gemeindenahe Psychiatrie. Frau Löhmann verweist bezüglich des Be-

richts über die Gemeindenahe Psychiatrie auf die Zuständigkeit des OVG. Die Anregung bezüglich des persönlichen Budgets werde gerne aufgenommen, allerdings gebe es in der nächsten Zeit eine Fülle von Berichten, so dass diese entsprechend auf mehrere Sitzungen verteilt werden müssten.

Herr Dr. Schmidt hält eine Themenplanung für die kommenden Sitzungen für sinnvoll und erforderlich. Pro Sitzung sollen nicht mehr als zwei Berichte erfolgen. Weiter bittet er alle Ausschussmitglieder darum, sich gut in die Vorlagen einzuarbeiten, damit die Einführung seitens der Verwaltung in die Thematik der Vorlage entfallen kann. Dieses würde den Ablauf der Sitzungen straffen. An die Verwaltung stellt er die Bitte, die Vorlagen verständlich zu schreiben und ggf. eine Erklärung zur Historie zu ergänzen, damit auch neue Ausschussmitglieder den Inhalt der Vorlage nachvollziehen können.

Sollten Ausschussmitglieder an einer Sitzung des Sozialausschusses nicht teilnehmen können, bittet Herr Dr. Schmidt darum, das Kreistagsbüro zu informieren.

## **zu 6      Einwohnerfragestunde II**

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Dr. Christopher Schmidt  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Krüger  
(Protokollführung)